

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Mittwoch, den 17.02.2021 (öffentlicher Teil)

---

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
Sitzungsende: 19:15 Uhr  
Ort: Wisentahalle Schleiz, An der Wisentahalle 1, 07907 Schleiz

### **Anwesenheit:**

Anwesend:

Landrat  
Füßmann, Thomas

Vorsitzender  
Kleindienst, Wolfgang

Ausschussmitglieder  
Heidrich, Stefan  
Herrgott, Christian  
Kaufmann, Manuela  
Möller, Klaus  
Neumüller, Alex  
Reller, Cynthia  
Roßner, Marc  
Thieme, Frederik

Beratende Mitglieder  
Brüner-Neumann, Karina  
Herrgott, Beate  
Hofmann, Nadine  
Krasser, Ines  
Kuschick-Büttner, Anja  
Leucht, Madlen  
Thieme, Mandy

Mitarbeiter der Kreisverwaltung  
Guber, Sybille  
Lautenschläger, Yvonne  
Nielsen, Katrin  
Schmidt, Diana

Gäste  
Geiler, Janina  
Kupfer, Mirjam  
Wollner, Melanie

Entschuldigt: Ausschussmitglieder  
Müller, Ronny  
Sinkwitz, Angelika (Urlaub)

Beratende Mitglieder  
Beyer, Astrid (dienstl. Gründe)  
Geisler, Astrid  
Ladwig, Oksana (krank)  
Lenk, Thomas  
Marufke, Dieter  
Pieter-Junge, Madlen (dienstl. Gründe)  
Schröter, Maraike

Mitarbeiter der Kreisverwaltung  
Hölzel, Jana (krank)

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.2020
2. Beschluss über jugendhilferelevante Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"  
Vorlage: J/024/2021
3. Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ Jugendamt, Jugend und Familie/ Jugendamt sowie des Fachbereiches Jugend und Soziales „Team Frühpädagogik“  
Vorlage: J/023/2021
4. Anfragen
5. Informationen/Sonstiges

Herr Kleindienst eröffnet die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Als neues beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses wird von Herrn Kleindienst als Mitarbeiterin des Jugendamtes die zuständige Fachkraft für Jugendarbeit, Frau Herrgott, begrüßt. Frau Herrgott stellt sich kurz persönlich vor.

**Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.2020**

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.  
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses am 18.11.2020 (öffentlicher Teil).“

**35-9/2021**

**Zu TOP 2 Beschluss über jugendhilferelevante Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"  
Vorlage: J/024/2021**

In Vertretung für die abwesende Sozialplanerin wird von Frau Nielsen der Sachverhalt erläutert.

Eine Umbenennung des Landesprogrammes ist zwischenzeitlich erfolgt, so dass die Bezeichnung nun „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) lautet. Gemäß der Richtlinie ist durch den Jugendhilfeausschuss eine pauschale Beschlussfassung hinsichtlich der jugendhilferelevanten Maßnahmen zu vollziehen, die finanzielle Beteiligung wird vom Planungsbeirat festgelegt und ist ebenfalls im Sachverhalt dargestellt. Da für einige Maßnahmen der Bestandsschutz ausgelaufen ist, muss mit einer Neuaufnahme über die unveränderte Förderung entschieden werden.

Weitere Details werden zu den Inhalten der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen genannt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage der Empfehlung des Planungsbeirates die Durchführung von folgenden Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“:

- Ehe-, Erziehungs-, Familien- und Lebensberatungsstelle
- Thüringer-Eltern-Kind-Zentrum „Haus Gottesschutz“ in Ebersdorf
- Thüringer-Eltern-Kind-Zentrum „Kita Farbenklex“ Triptis
- Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“
- Familienzentrum Pößneck
- Mobile Familienangebote.“

**36-9/2021**

**Zu TOP 3 Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ Jugendamt, Jugend und Familie/ Jugendamt sowie des Fachbereiches Jugend und Soziales „Team Frühpädagogik“  
Vorlage: J/023/2021**

Über den zeitlichen Ablauf der Erstellung des HH-Planentwurfes wird von Frau Weiß berichtet. Aufgrund der bereits frühzeitig im Vorjahr erfolgten Erarbeitung und Endabstimmung sind die Zahlen teilweise überholt. Auch die Reduzierung der nicht eingetretenen erheblichen Mehrausgaben im Personal- und Sozialbereich haben Veränderungen nach sich gezogen.

In der Kreistagssitzung am 25.01.2021 wurde von Herrn Unger bereits über die Änderungen zum HH-Planentwurf informiert.

*Herr Roßner kommt 16:20 Uhr.*

Weiter wird von Frau Weiß über positive Entwicklungen durch die Übertragung der Stabilisierungspauschale Corona aus dem Vorjahr, Verbuchung der Überschüsse im Rahmen der Jahresabschlüsse, die Abrechnung der Kontaktnachverfolgung oder Ausgaben, die coronabedingt nicht verbraucht wurden, informiert.

Nach erfolgter Einarbeitung kann mit den aktuellen Zahlen ein Ergebnis unter dem Niveau des Vorjahres vorgelegt werden, voraussichtlich mit einer Kreisumlage von ca. 44 %. Dem Ziel der Senkung der Kreisumlage wird damit entsprochen und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass das Ergebnis auch für die Kommunen tragbar ist.

Der im Verwaltungshaushalt erwirtschaftete Überschuss kann dem Vermögenshaushalt zugeführt werden und zur Absetzung der Kreditaufnahme verwendet werden.

Auf die fehlende Position der Jugendpauschale im Finanzplan wird von Frau Weiß hingewiesen und versichert, dass die Einarbeitung nachgeholt wird.

Auf Nachfragen von Herrn Kleindienst wird von Herrn Herrgott über die Fortschreibung der Schlüsselzuweisungen und die Diskussionen zu Reformen des Kommunalen Finanzausgleichs im Landtag berichtet.

Zum Hinweis von Herrn Kleindienst auf teils fehlende Erläuterungen zu einzelnen HH-Positionen bzw. einer Erweiterung der Angaben, um Nachfragen zu reduzieren, wird von Frau Weiß entgegnet, dass die Vorgabe ist, sich kurz und knapp zu fassen, da ansonsten der HH-Plan noch umfangreicher an Seiten wird.

Für das Team Frühpädagogik des Fachbereiches Jugend und Soziales werden von Frau Nielsen Details zu den HH-Stellen erläutert.

Zur Nachfrage von Herrn Möller bzgl. fehlender Finanzplanungswerten bei der Fachbereichsleitung wird von Frau Nielsen auf die geplanten Strukturänderungen hingewiesen.

Von Herrn Kleindienst wird die Erhöhung der Personalkosten um 100 T€ im Vergleich zum Jahr 2020 hinterfragt. Da diese Position in Verbindung mit dem Stellenplan zu sehen ist, wird die Weiterleitung durch Frau Nielsen an den FD Personal erfolgen, ggf. kann die Beantwortung in der Sitzung des Finanzausschusses erfolgen.

Für den Teil des FD 42/Wirtschaftliche Familienhilfen/Jugendamt werden von Frau Guber keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zum Vorjahr angeführt.

Eine Ausgabenreduzierung bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen wird mit dem beitragsfreien KITA-Jahr begründet. Erfahrungen, wie sich die Coronasituation auf die Beitragszahlungen auswirken, liegen nicht vor.

Weiter wird über die steigenden Fallzahlen im Unterhaltsvorschussbereich, der Erhöhung des Mindestunterhaltes und der Schwierigkeit Planansätze für diesen Teilbereich zu benennen,

informiert. Coronabedingt sind für die Zukunft durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vermehrt Neuanträge zu erwarten.

Von Frau Weiß wird ergänzt, dass als Ergebnis aus den Vorjahren im Unterabschnitt Vollzug der Vorschussleistungen eine Erhöhung um 150 T€ eingestellt wurde.

Zum Teil des HH-Planes für den FD 44 – Jugend und Familie/Jugendamt werden von Frau Krasser die einzelnen Unterabschnitte genannt und jeweils über Details informiert. Wesentliche Schwerpunkte sind dabei: Kinderschutz-Netzwerkarbeit ist unter anderem Unterabschnitt zu finden, im Unterabschnitt Schulsozialarbeit eine neue HH-Stelle für Familienklasse (weitere geplante Familienklasse im Oberland), Erhöhung auf 24 T€ für Netzwerk „Courage gegen Drogen“, Zuschuss für die aufsuchende Gesundheitshilfe bedingt durch Umwandlung ehemaliger Stiftungsgelder, Einnahmen für die Erziehungsberatung aus Geldern des Landesprogramms „solidarisches Zusammenleben der Generationen, coronabedingte Erhöhung des HH-Ansatzes für sozialpädagogische Familienhilfe, Einplanung zusätzlicher Ausgaben in der HH-Stelle Erziehung in einer Tagesgruppe für die Unterbringung einer Tagesgruppe in einem anderen Landkreis, für die Vollzeitpflege wurde der HH-Ansatz erhöht aufgrund der sich jährlich erhöhenden Pflegesätze, auch im Bereich Heimerziehung wurde eine Ausgabenerhöhung wegen der jährlich steigenden Tagessätze eingestellt, die aktuellen Fallzahlen werden genannt und auf die Schwierigkeit einer genauen Planung hingewiesen, für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder erfolgt eine volle Erstattung aus Bundes-/Landesmitteln, Begründung der hohe Ausgabeposition im Bereich intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, wegen steigender Fallzahlen Erhöhung des HH-Ansatzes für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, geringere Ausgaben für Hilfen für junge Volljährige wegen voraussichtlich sinkender Fallzahlen, aktuelle Fallzahlen für Inobhutnahme und die Schwierigkeit einer Planbarkeit werden benannt, Ausgaben für Pflegekinderwesen und Adoptionsvermittlung, Änderung der Jugendpauschale  
In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf Anpassungen der HH-Stellen aufgrund der Änderung der Thür. Gemeinde Haushaltssystematik hingewiesen.

Zu Nachfragen von Herrn Thieme betreffend Personal- und Fortbildungskosten wird von Frau Weiß gebeten, künftig solche Detailfragen im Vorfeld schriftlich zu stellen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Stellenplan können keine direkten Antworten erfolgen.

Von Frau Kaufmann wird der **Antrag** gestellt, in der **HH-Stelle Netzwerk Courage gegen Drogen** eine weitere Erhöhung der Ausgaben, gesamt 30 T€, für den Revolution Train einzustellen. Zur Begründung wird die Finanzierung dieses Projektes bzw. der erforderliche Mehrbedarf dargestellt.

Von Frau Nielsen wird auf die bereits vorliegende Mischförderung hingewiesen und der Standpunkt vertreten, dass auch die zusätzlichen Kosten aus dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ erfolgen können.

*Pause 17:40- 17:50 Uhr.*

Zum vorgenannten Antrag wird von Frau Nielsen auf den fehlenden Deckungsvorschlag aufmerksam gemacht und eine Entnahme aus der HH-Restbildung angeregt.

Von Herrn Herrgott wird die erfolgte Verständigung im Planungsbeirat zur Mittelverwendung für den Revolution Train bestätigt. Als Absicherungslösung wird eine Umschichtung innerhalb der HH-Stellen vorgeschlagen.

Im Ergebnis der Diskussion wird zusammengefasst, dass die Erhöhung des HH-Ansatzes in der HH-Stelle 1.45250.76900 auf 30 T€ und eine Reduzierung der HH-Stelle 1.45540.76150 auf 24 T€ vollzogen werden soll.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem **Antrag** zur Erhöhung des HH-Ansatzes für den Revolution Train mit dem abgestimmten Deckungsvorschlag **einstimmig** zu.

Den Ausschussmitgliedern wurde per Mail vorab der Antrag der **UBV-Fraktion** übermittelt. Mit dem Beschlussvorschlag wird beantragt, betreffend die **HH-Stelle (40003) Partnerschaft für Demokratie** den Unterabschnitt (71801) in „Bundesprogramm „Demokratie leben“ umzubenennen in „Jugendparlament“ mit einem HH-Ansatz von 30 T€. In einem neu einzurichtenden Unterabschnitt (71802) soll für „weitere Maßnahmen Bundesprogramm Demokratie leben“ ein Betrag von 95 T€ eingestellt werden.

Zur Begründung wird von Herrn Kleindienst auf die Darstellung im Sachverhalt mit der erfolgten Beschlussfassung im Kreistag am 25.05.2020 hingewiesen.

Vom Landrat wird über ein Gespräch mit der zuständigen externen Koordinatorin der lokalen Partnerschaft für Demokratie des Saale-Orla-Kreises, Frau Essebier, zum aktuellen Stand des Jugendparlaments berichtet. Es wurde vereinbart, dass die Akteure in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses ihre Arbeit präsentieren können. Die Einstellung von HH-Mitteln in der geforderten Höhe wird ohne ein nachvollziehbares Konzept nicht als gerechtfertigt erachtet und sich daher für die Ablehnung des Antrages ausgesprochen.

Von Frau Reller wird vorgeschlagen, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Präsentation der Arbeit der Koordinierungsstelle gemeinsam mit der Verwaltung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf die Entscheidungsverantwortung des Begleitausschusses zur Finanzierung einzelner Projekte wird von Herrn Herrgott aufmerksam gemacht. Der Kreistag bzw. der Jugendhilfeausschuss ist nicht befugt, über Entnahmen von Bundesmitteln zu entscheiden, dies widerspräche den Vorgaben des Bundesprogrammes. Für die Koordination wurden zusätzliche Personalkosten eingestellt. Für die beantragte Änderung besteht aus seiner Sicht derzeit keine Notwendigkeit, es sollten die Präsentation, eine eigene Satzung etc. abgewartet werden.

Als Mitglied des Begleitausschusses wird von Frau Kaufmann der Verfahrensweg bestätigt und ebenfalls mit dem Antrag ein Verstoß gegen Förderrichtlinie des Bundesprogrammes gesehen. In einer Online-Veranstaltung wurden die Jugendlichen über die finanziellen Dinge informiert. Die Beträge sind vorhanden und müssen nicht gesondert benannt werden.

Von Herrn Kleindienst wird an die bereits erfolgten Zusammenkünfte erinnert und sich dafür ausgesprochen, dass das Jugendparlament ein wesentlicher Bestandteil von „Demokratie leben“ ist. Die Arbeit der Jugendlichen ist entsprechend zu würdigen.

Mit der erfolgten Beschlussfassung im Kreistag wird von Frau Reller der Auftrag an die Verwaltung zur Umsetzung gesehen, was auch erledigt wird. Für die Schaffung eines solchen Gremiums werden die Jugendlichen durch die Koordinatorin betreut. Für weitergehende Entscheidung liegen dem Jugendhilfeausschuss keine Informationen über den aktuellen Stand vor.

Es wird kritisch gesehen, dass die jungen Menschen bereits vorab von den Fraktionen politisch vereinnahmt werden.

Zur Nachfrage von Herrn Kleindienst zur Beauftragung von Herrn Jobst und Frau Seidler oder der Einbeziehung von Blitz e.V. wird von Herrn Herrgott an die Entscheidung zur Einrichtung des Projektes über die Partnerschaft für Demokratie erinnert, dass bei der Volkssolidarität Pößneck angesiedelt ist. Frau Seidler ist als Koordinatorin für die Begleitung der Jugendlichen verantwortlich, die in eigenen Entscheidungen ihre Zusammenarbeit festlegen. Erst danach kann über die Mitarbeit in den Gremien des Kreistages entschieden werden.

Auch vom Landrat wird bestätigt, dass von Frau Essebier das Signal für eine Selbstverwaltung gekommen ist. Weiter wurde informiert, dass eine Satzung für das Jugendparlament in Arbeit ist. Mit Vorliegen des Entwurfes wurde von Seiten des Landrates die Möglichkeit der juristischen Prüfung durch die Verwaltung zugesichert. Nochmals wird darauf hingewiesen, dass erst mit vorliegendem Konzept über die Gremienmitarbeit oder die Einstellung von Beträgen im Haushalt entschieden werden kann.

Von Frau Brünner-Neumann wird ergänzt, dass Herr Jobst im Bereich Jugend- und Sozialarbeit tätig ist und von seiner Seite als Ansprechpartner ein Weg aufgezeigt wurde. Der so erfolgte Zugang über die Jugendhäuser mit einer Weitervermittlung wird als richtig eingeschätzt.

Der **Antrag der UBV-Fraktion** zur Einbindung des Jugendparlamentes in den Haushalt wird von Herrn Kleindienst **zurückgezogen**.

*Herr Neumüller und Frau Herrgott gehen 18:20 Uhr.*

Von Herrn Thieme wird der **Antrag** gestellt, das **Projekt „Regen und Sonne“** der Diakonie Orlatal e.V. mit einer ausreichenden Finanzierung in den Haushalt aufzunehmen. Zur Begründung wird auf die bestehende Deckungslücke verwiesen. Mit Beschluss im Jugendhilfeausschuss am 25.01.2018 wurde die Verstetigung des Projektes festgelegt. Zum Sachverhalt wird von Herrn Kleindienst auf den umfangreichen Schriftverkehr verwiesen, der den Ausschussmitgliedern mit den Einladungsunterlagen zugegangen ist. Aus der Niederschrift der o.g. Sitzung geht hervor, dass aus der Diskussion heraus der Beschluss gefasst wurde. Es wird hinterfragt wie dieser seitens der Verwaltung umgesetzt wurde bzw. warum keine weiteren Mittel eingestellt wurden.

Vom Landrat wird informiert, dass in der Vergangenheit eine Finanzierung über das Landesprogramm „Familie eins99“ erfolgt ist. In der o.g. Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde der Wille zur Verstetigung zum Ausdruck gebracht, aber keine Erweiterung der Finanzierung bestätigt. In Erinnerung an die im vergangenen Jahr erfolgte Finanzierung des Projektes über die 2. Förderpriorität der Träger der Jugendhilfe wird auch hinsichtlich des aktuellen Defizites die Möglichkeit einer Lösungsfindung im HH-Bereich des Jugendamtes gesehen.

Der **Antrag** des Diakonievereins Orlatal e.V. zum **Projekt „Regen und Sonne“** wird von Herrn Thieme **zurückgezogen**.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises empfiehlt dem Kreistag, dem Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ Jugendamt, Jugend und Familie/ Jugendamt sowie des Fachbereiches Jugend, Familie, Soziales „Team Frühpädagogik“ gemäß den beigefügten Anlagen für das Haushaltsjahr 2021 seine Zustimmung zu erteilen. Weiter wird nach erfolgter Abstimmung zum Änderungsantrag bzgl. einer weiteren Erhöhung der eingestellten Ausgaben für das Netzwerk Courage/Revolution Train der FD Finanzen beauftragt, in der Änderungsvorlage zum Haushalt in der HH-Stelle 1.45250.76900 einen Betrag von 30.000,- € aufzunehmen sowie zur Deckung in der HH-Stelle 1.45540.76150 die Reduzierung zu vollziehen.“

**37-9/2021**

#### **Zu TOP 4 Anfragen**

Unter Hinweis auf die aktuelle Pressemitteilung zum Eintreffen der mobilen Endgeräte aus dem Digitalpakt Schulen wird von Herrn Thieme die weitere Verteilung hinterfragt. Hierzu wird vom Landrat informiert, dass nach erledigter Konfiguration und Inventarisierung die Auslieferung und technische Betreuung der Geräte in Zusammenarbeit mit der Medienstelle des AWZ schnellstmöglich durchgeführt wird. Jede Schule erhält zunächst einen Satz von 21 Geräten für sozial benachteiligte Kinder. Problematisch werden für die Zukunft Haftungs- und Versicherungsfragen und der laufende Support eingeschätzt.

Im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau an den Schulen wird von Frau Leucht auf die teils noch fehlenden Glasfaseranschlüsse und die Probleme von schlechten WLAN-Verbindungen hingewiesen sowie die notwendigen Maßnahmen für eine Erweiterung der jeweiligen Internetleistung hinterfragt.

Vom Landrat wird über die vertragliche Vereinbarung mit der Telekom zur Einrichtung eines Glasfaseranschlusses informiert und auf die Dauer der laufenden Prozesse verwiesen. Die WLAN-Einrichtung läuft sukzessive ab. Das Konzept der Schulen hierzu muss durch das ThILLM genehmigt werden. Ziel wird weiterhin ein schnelles Internet für alle Schüler sein.

Von Frau Kuschick-Büttner wird die aktuelle Position des Landkreises zur Wiedereröffnung der Kitas im eingeschränkten Regelbetrieb ab nächster Woche hinterfragt.

Vom Landrat wird bestätigt, dass die Öffnung zum 22.02.2021 vollzogen werden soll. Es wird aber auch auf die Abhängigkeit von den aktuellen Inzidenzzahlen im Landkreis und der Tendenz der steigenden Fallzahlen aufmerksam gemacht.

Von Herrn Herrgott wird auf die am Freitagnachmittag zu erwartende Verordnung der Landesregierung hingewiesen, von der angekündigten Öffnung ist dabei auszugehen.

Die Notwendigkeit einer Planungssicherheit für Eltern und Erzieher wird nochmals von Frau Kuschick-Büttner deutlich dargestellt. Der Fall einer wiederholten Schließung wird als ungünstige Variante gesehen, sondern ggf. besser eine Verlängerung anzustreben ist.

Unter Hinweis auf die Forderungen der Gesellschaft wird vom Landrat die Notwendigkeit der Öffnung wie angekündigt für unumgänglich gehalten. Es wird versichert, dass eine Vorlaufzeit für die notwendigen Abstimmungen von einer Woche eingehalten wird.

Zum Einwurf von Herrn Thieme hinsichtlich der nicht beachteten Situation der Erzieher durch die unvermeidbaren 1:1 Kontakte wird von Frau Nielsen auf das vorhandene gute Konzept der Diakonie Orlatal e.V. bzw. die deutschlandweit bestehende Problematik hingewiesen.

## **Zu TOP 5 Informationen/Sonstiges**

Von Herrn Kleindienst wird über die erfolgte Verständigung mit der Verwaltung hinsichtlich der Terminplanung der Ausschusssitzungen für das Jahr 2021 informiert. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, die Termine **23.06.2021, 06.10.2021, 01.12.2021** vorzumerken. Für den Sitzungsbeginn wird abgestimmt, dass dieser weiterhin **16:00 Uhr** sein soll.

Von Herrn Herrgott und Frau Reller wird um einen zeitlich nahe liegenderen Sitzungstermin gebeten. Zur Begründung wird ein Antrag des Kreisjugendringes e.V. zur Abberufung des Ausschussvorsitzenden aufgrund des Verhaltens bei einer untersagten Demonstration in Pößneck angeführt. Dieser liegt der Verwaltung vor.

Von Herrn Kleindienst wird der Standpunkt vertreten, dass er wissentlich nicht an einer untersagten Versammlung teilgenommen hat. Eine weitergehende Stellungnahme wird seinerseits aufgrund des laufenden Ordnungswidrigkeitsverfahrens nicht erfolgen.

Die Möglichkeit bei Bedarf weitere Sitzungstermine festzulegen sowie die Einhaltung der Ladungs- und Antragsfristen werden von den Ausschussmitgliedern beraten.

Auf Vorschlag von Herrn Möller wird sich als Sitzungstermin für die Behandlung des o.g. Antrages auf Mittwoch, den **17.03.2021, 16:00 Uhr** verständigt.

Von Herrn Herrgott wird angeregt, wie bereits in der Haushaltsdiskussion vorgeschlagen, die externe Koordinatorin der Lokalen Partnerschaft für Demokratie einzuladen.

Hierzu wird von Herrn Kleindienst bestätigt, dass ein Tagesordnungspunkt „Sachstand Jugendparlament – Bericht der Koordinierungsstelle, Darstellung der Jugendlichen“ aufgenommen wird.

Von Herrn Kleindienst wird informiert, dass für die ursprünglich am 04.03.2021 geplante Sitzung des Unterausschusses Jugendförderplan die Möglichkeit besteht, die Unterlagen elektronisch zu versenden und nach erfolgter Durchsicht eine Sitzung später durchzuführen. Hierzu wird von Frau Schmidt über die erfolgten Arbeitsschritte berichtet. Die statistischen Daten zum 31.12.2020 sind erfasst, aber die darauf aufbauenden Ist-Werte liegen voraussichtlich erst Mitte März vor. Damit erscheint eine gemeinsame Erörterung beider Zahlenwerke zu einem späteren Zeitpunkt (Vorschlag 25.03.2021) als sinnvoll.

Unter Hinweis auf die umfangreichen Unterlagen bzw. der daraus resultierenden Sitzungslänge wird sich von Frau Kaufmann gegen eine Verschiebung der Sitzung ausgesprochen.

Die Einladungsunterlagen werden mit Zustimmung der Mitglieder des Unterausschusses fristgerecht für die Sitzung am 04.03.2021 versandt.

Von Frau Schmidt wird über die vorliegende Zuarbeit des Schulamtes Ostthüringen hinsichtlich der Schülervertreter der Regelschulen informiert. In einem Schreiben wurden den Kreisschülersprechern bzw. -stellvertretern die Arbeit des Jugendhilfeausschusses dargestellt und um Rückantwort zum Interesse an einer Mitarbeit gebeten. Aus dem Personenkreis der Rückmeldungen muss dann die Wahl der Schülervertreter erfolgen. Die Möglichkeit besteht auch diese Jugendlichen für die Mitarbeit im Jugendparlament zu gewinnen,

Herr Kleindienst beendet um 19:15 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

**Wolfgang Kleindienst**  
Ausschussvorsitzender

**Beate Eismann**  
Schriftführerin